

Danziger Zeitung

Beitung

Nr. 18101.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Insertate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfz. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Belgrad, 21. Januar. (Privatelegramm.) Die Regierung hat die Verhaftung des serbischen Mihilisten und Agitators Waso Pelages wegen Hochverrats angeordnet.

Paris, 21. Januar. (Privatelegramm.) Der Großrabbiner von Frankreich, Jakob Rahn, protestiert namens der französischen Juden gegen die in Neuilly gehaltenen antisemitischen Reden und bemerkt schließlich, kein christlicher Geistlicher Frankreichs sei Antisemit.

Lissabon, 21. Januar. (Privatelegramm.) Nach Regierungsblättern hat der König seine beiden englischen Orden der Königin Victoria mit einem sehr verbindlichen Dankschreiben zurückgeschickt. Dieser Beschluss wird von der Bevölkerung sehr freudig aufgenommen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 21. Januar.

Die Denkschrift über die Arbeiterverhältnisse in den Kohlenbezirken und die neue Strikebewegung.

Als Beilage zum „Reichsanzeiger“ ist gestern eine 14½ Bogen umfassende Denkschrift über die Untersuchung der Arbeiter- und Betriebsverhältnisse in den Steinkohlenbezirken veröffentlicht worden. Die Denkschrift ist im Auftrage der Minister der öffentlichen Arbeiten und des Innern ausgearbeitet und umfasst 43 Seiten, unzurechnet die Protokolle und Beilagen der Untersuchung. In dem einleitenden Kapitel über die Anordnung der Untersuchung wird bemerkt, daß von dem vorhandenen Material die Auslagen der Bergleute und die Erklärungen der Werksverwaltungen nebst den abgegebenen Gutachten der Untersuchungs-Commission für sämmtliche fünf untersuchten Bezirke (Ruhrbezirk, Saarbrücken, Aachen, Nieder- und Oberschlesien) dem Sinne nach bez. im Ausuge wiedergegeben werden — mit Rücksicht nämlich auf die Wünsche der Bergwerksbesitzer, von denen im Ruhrbezirk nur zwei jede Aussage verweigert haben, in Oberschlesien einer, dessen Generalbevollmächtigter sogar einen umfangreichen Protest gegen das Verfahren eingereicht hat. Die Denkschrift bemerkt, „der eingeschlagene Weg biete den Vortheil, an geeigneten Stellen die Aussöhnung der mit der Sichtung und Begutachtung der Untersuchungsergebnisse betrauten Ministerialcommissarien zum Ausdruck zu bringen, und die in der Denkschrift enthaltenen Beurteilungen tatsächlicher Verhältnisse kennzeichnen sich hier nach als die Auffassung dieser letzteren“. Am Schlusse der Denkschrift heißt es: „Wie im Vorstehenden bereits an einzelnen Stellen angedeutet worden ist, wird es weiterer Erwähnung unterliegen, ob einzelne bei der Untersuchung zu Tage gekommene Verhältnisse und Wünsche genügende Veranlassung zu einer Änderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen bieten.“ Über die vielerörterte Frage des Grundes des Aufstandes wird in dem beigelegten Abschnitt bemerkt:

„An vielen Stellen des Ruhrbezirks werde von den Arbeitern zu niedriger Lohn und die Schichtbauer bei zu zahlreiche Überschichten als Grund des Aufstandes bezeichnet. Auf einer größeren Reihe von Gruben aber hätten einzelne Arbeiter als Ursache der Bewegung angegeben: „weil anderwärts gestrichen wurde“. „Selbstständig wäre es nicht dazu gekommen, die Anregung kam von Außen“, „durch fremde Arbeiter aufgeweckt bei gewonne u. s. m.“

Es ist charakteristisch für die Tendenz der Denkschrift, daß dieselbe auf dergleichen Aussagen, deren Quelle leicht zu errathen, wie es scheint, erhebliches Gewicht legt.

Unser Berliner Correspondent schreibt hierzu: Die Veröffentlichung der Denkschrift über die Verhältnisse in den Steinkohlenbezirken, welche zu den Strikes Veranlassung gegeben haben, ist gerade zur rechten Zeit in dem Augenblick erfolgt, wo die Strikebewegung im Westen wie im Osten von neuem einsetzt. Aus der Darstellung des Verlaufs des Ausstandes namentlich im Ruhrbezirk, welcher im Mai vorligen Jahres erst die Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse der Kohlenarbeiter gerichtet hat, ergiebt sich, daß die neuen Forderungen des Bochumer Verbandes für Bergarbeiter bis auf einen Punkt, nämlich die Lohn erhöhung um 50 Proc., in der Hauptsache nur eine Wiederholung der damaligen Forderungen sind. Um so bedauerlicher ist, daß die Bergwerksbesitzer bisher sich noch nicht haben entschließen können, der Mahnung zu folgen, welche der Kaiser im vorligen Frühjahr bei dem Empfang der Deputation des Vorstandes des Vereins für die bergbaulichen Interessen in Dortmund an sie gerichtet hat. Der Kaiser empfohl damals den Bergwerksbesitzern, neuen Strikes für die Zukunft dadurch vorzubeugen, daß sie dauernde Fühlung mit ihren Arbeitern nähmen. Die Bergleute hatten zunächst für die Regelung der Überschichten eine Verständigung zwischen den Grubenvorwaltungen und einem Ausschluß von Vertretern der Bergarbeiter vereinbart. Belegschaft, der alljährlich in freier Wahl selbstständig von den über 25 Jahren alten Bergleuten gewählt werden sollte, in Vorschlag gebracht. Die Bergwerksbesitzer haben bekanntlich diesen Vorschlag von vorherher abgewiesen und haben auch bei den späteren Differenzen über die Befestigung der Sperrreise diesen ablehnenden Standpunkt so schroff knegehalten, daß eine Verständigung in dieser Frage, in welcher doch das Recht auf Seiten der Arbeiter, nur mühsam durch Vermittelung der Staatsbehörden herbeigeführt werden konnte. Diese Unterlassungsfürde scheint sich jetzt bereits schwer zu

rächen. Bei den Verhandlungen, zu welchen die neuen Forderungen der Arbeiter im Ruhrbezirk Veranlassung geben, taucht sofort die Frage wieder auf, ob der Vorstand des Verbandes der Bergleute, an deren Spitze zwei der Mitglieder der Kaiserdeputation vom Mai v. J. Bunte und Schröder stehen, als die competente Vertretung der Bergleute des Ruhrbezirks anzusehen ist oder nicht. Offenbar würden die Bergwerksbesitzer leichter zu einer Verständigung mit ihren Arbeitern kommen, wenn die Belegschaften der einzelnen Gruben für sich organisiert wären; der allgemeine Verband, dessen Bildung inzwischen in Angriff genommen ist, wird der Versuchung einer agitatorischen Ausbeutung der Bewegung eher unterliegen, als das bei der Bildung von Vertrauensmännerausschüssen der einzelnen Belegschaften der Fall sein würde.

Aussässlerweise ist es in letzter Zeit auch von der angeblichen Absicht der Bergwerksbesitzer sich geworden, zur Herstellung von Einstigungsämtern die Hand zu richten; ob die Reichsregierung ein geschebberisches Vorgehen in dieser Richtung befürwortigt, ist auch aus der jetzt vorliegenden Denkschrift nicht zu erkennen. Auf alle Fälle werden dergleichen geschebberische Bemühungen auf die neue Bewegung zur Besserung der Verhältnisse der Bergleute noch keinen Einfluß haben können.

Das Schreiben der westfälischen Kohlenarbeiter an den Verein zur Wahrung der bergbaulichen Interessen im Oberbergamtbezirk Dortmund, dessen wesentlichste Punkte bereits telegraphisch mitgetheilt worden sind, hat folgenden Wortlaut:

I. Eine allgemeine Lohn erhöhung von 50 Prozent, beginnend mit dem 1. Februar 1890.

II. Eine präzise Feststellung der Schichtbauer auf acht Stunden pro Schicht, vom Beginn der Einfahrt bis zum Beginn der Ausfahrt. So lange die Schichtbauer nicht genau und glatt auf acht Stunden festgestellt ist, bleibt dies ein Punkt, der zu stetiger Streitigkeit führt.

III. Aufforderungen zu Überschichten seitens der Beamten sollen nur dann stattfinden, wenn die Überschichten wegen Betriebsunfälle notwendig sind. Das leidige Vorgehen der Beamten, Schlepper, Bremer, Pferdetreiber, Reparaturhauer etc. zum Verschaffen der Überschichten aufzufordern, ist einem indirekten Drange gleich zu achten und führt zu immerwährenden Konflikten.

IV. Wegfall sämmtlicher Kohlenabzüge. Es sind diese weder durch Minderheit noch durch Unreinheit gerechtfertigt. In Fällen, wo größere Verunreinigungen vorkommen, die nicht durch Abzüglichthalte herbeigesetzt werden, sind Handhaben genug vorhanden, um solche abzuändern.

V. Eine zweimalige Lohnzahlung in jedem Monat, welche in der Art wie die monatlichen Löhnnungen stattfinden sollen. Außerdem zwischen diesen Löhnnungen eine regelmäßige Vorschuhzahlung in der Weise, wie bisher die Abzugszahlung erfolgte, und zwar sollen die Löhnnungen auf den 5. und 20. stattfinden, so daß nur der Verdienst von circa fünf Schichten im Rückstand bleibt. Durch die langen Fristen zwischen den monatlichen Abzugszahlungen werden, trotz der Abzugszahlungen, die Bergleute notgedrungen zum Borgen veranlaßt und hierdurch ausgebeutet.

Die „Rheinisch-Westfäl. Zeitg.“ veröffentlicht die Forderungen der Belegschaft von Zechen „Schlägel und Eisen“ mit ähnlichem Inhalt und Verlangen der Feststellung eines Minimallohnes für Hauer nicht unter 5 Mk., für Schlepper nicht unter 3 Mk. und für Pferdetreiber nicht unter 2 Mk. 50 Pfz.

Auf Zechen „Holland“ wurden die Forderungen ebenfalls, jedoch nicht ohne Widerstand, accepptirt. Man schreibt der „Germ.“ darüber aus Wattenscheid, 19. Januar:

Von dem Delegirten Bringewald waren die Arbeiter von den drei Schächten der Zechen „Holland“ auf heute Morgen zu einer Versammlung behufs Beschlusstreffung über die zustellenden Forderungen seitens der Belegschaft eingeladen. Es hatten sich zu dieser Versammlung ca. 600 Bergleute eingefunden. Der Vorsitzende, Delegirter Bringewald, eröffnete die Versammlung mit einem „Glück auf“ und verlas darauf einen Beschluß des Central-Vorstandes des Bergarbeiterverbandes, welcher an den Bergbaulichen Verein gerichtet worden ist und in seiner Hauptsache vom 1. Februar c. für die rheinisch-westfälischen Bergarbeiter eine Lohn erhöhung von 50 Proc. und Einführung der 8 Stunden-Schicht, einschließlich Ein- und Ausfahrt, fordert. Der Vorsitzende, welcher diesen Beschluß des Verbandsvorstandes mit einem Mißgriff ersten Ranges bezeichnete, betonte, es wäre den Interessen der Bergleute besser gestedt, wenn man sich darauf beschränke, der Zechen „Holland“ vorzuschlagen, eine Lohn erhöhung nach Maßgabe der erhöhten Kohlenpreise einzutreten zu lassen. Damit drang Redner indeß nicht durch, indem von mehreren Seiten erwidert wurde, Zechen „Holland“ habe vor einigen Monaten eine bedeutende Lohn erhöhung für den 1. Januar c. in Aussicht gestellt, wie man aber dort gehalten, wisse ein jeder Bergmann genannter Zechen; es sei nicht mal der Mühe wert, über die Erhöhung von den paar Pfennigen ein Wort zu verlieren. Die Versammlung beschloß nach kurzer Debatte einstimmig, die Forderungen des Centralvorstandes auch auf Zechen „Holland“ durchzudrücken, außerdem zu erwarten, die Versammlung noch zu ersuchen, die Sprengstoffe im Preise herabzusetzen, den Anappen wöchentlich je einen Kohlenstein zu überlassen und nur auf dem Schacht von Braam auszulösen. Zum Schlusse wurde von allen Seiten gegen das den Bergleuten aufzutragende Verbandsorgan „Glück auf“ protestirt, indem das Blatt viel zu teuer sei und eine sozialistische Richtung verfolge. Delegirter Bringewald beruhigte seine Anhänger unter dem Hinweis, daß eine oft nachstehende Sonntag hier anberaumte allgemeine Delegirten-Versammlung für die sofortige Abschaffung dieses Organs wirken werde.

„Don guter Geiste“ ersährt die „Nat.-Ztg.“, daß der Verein zur Wahrung der Bergbau-Interessen in Rheinland und Westfalen gestern eine Sitzung abhalten wollte, in welcher über die jüngsten Forderungen der Bergarbeiter berathen werden soll. Ferner soll ein Theil der Delegirten der Bergwerke geneigt sein, dieses Mal den Staatsbehörden, welchen die Interessen der staatlichen Bergwerke und zugleich die der gesamten

Industrie des Reiches zu wahren obliegt, gewissermaßen den Vortritt in der Entscheidung über diese Angelegenheit zu lassen. Die Staatsregierung hatte in dem Conflicte, der im Frühjahr ausgetragen war, ihren Einfluß damals überwiegend zu Gunsten der Arbeiter ausgeübt, sie möge daher jetzt die Verhältnisse beurtheilen und den Weg zu einer wenn möglich vollständigen Belebung der fortlaufenden Förderung der Industrie anzeigen.

Die Delegirten sämmtlicher Bergarbeiter Deutschlands halten demnächst in Ennskirchen eine Versammlung ab. Dann sollen auch die Vorbereitungen zum internationalen Congress getroffen werden.

Das Socialistengesetz

wird nun doch, wie schon gemeldet, unserer ursprünglichen Voraussetzung gemäß noch in dieser Session zur Verhandlung gelangen, und zwar schon in den aller nächsten Tagen. Von Friedrichsruh ist endlich die langerwartete Entscheidung erfolgt. Während gestern Abend noch national-liberale Blätter, wie die „Börsenzeit“, die Erwartung aussprachen, nach Erledigung des Gesetzes werde der Reichstag aufgelöst werden, so daß alsdann das Socialistengesetz unter den Tisch fallen würde, hat Minister Herrfurth gestern während der Sitzung Herrn v. Bennigsen mitgetheilt, daß der Reichskanzler auf der Beratung des Gesetzes bestrebe, und so kündigte der Präsident am Schlusse der Sitzung an, daß er den Bericht der Commission über diese Vorlage unmittelbar nach der Erledigung der auf die heutige Tagesordnung gesetzten dreiten Lesungen, Etat, Postdampfgesetz, auf die Tagesordnung setzen werde. Es wird nun darauf ankommen, wie viele von den Nationalliberalen in der Frage der Ausweisungsbefugnis bei dem bisherigen ablehnenden Standpunkte bleiben und wie viele sich durch das Eintrittes des Reichskanzlers für die Forderung der Regierung gewinnen lassen. Davon hängt die fernere Entscheidung ab, ob die Wahlen wirklich unter der Parole des Socialistengesetzes vor sich gehen sollen, oder nicht.

Bielefeld und Siegen.

Hammersteins Bielefelder Candidatur bildet noch immer den Jonkapfel im Lager der Cartellparteien und ihre Organe schlagen sich darüber erbittert mit einander herum. Die „Kreuz-Zeitung“ bringt unablässige Spaltenlange Schlechtheitberichte, die von größtem Zorn gegen die „frivolen Blätter vom Schloß der Adolinen, National- und Nord. Allg. Zeitung“ dictirt sind und von allem, nur nicht von freundlichbarlicher Stimmung zeugen. Herr v. Hammerstein wehrt sich tapfer seiner Haut und wirkt läßlich ein Duhend seiner Gegner aus dem Sattel. Indessen — viele Hunde sind des Hasen Tod, und auch Herrn v. Hammerstein scheint sich das Verderben zu nähren, stelllich von anderer Seite als von denjenigen der „cartellstreuen Musterknaben“, wie die „Kreuztg.“ ihre Gegner höhnisch nennt. Das Centrum nämlich hat, wie der „Doss. Ztg.“ aus Bielefeld gemeldet wird, beschlossen, einen eigenen Kandidaten in Person des Hammergerichts-Rechtsanwalts Schröder aufzustellen. Kommt dieser Plan zur Durchführung, so wäre freilich hr. v. Hammerstein verloren, denn nur im Vertrauen auf die Hilfe des Centrums ist der streng kirchlich gesinnte Freiherr überhaupt erst in den Wahlkreis hineingegangen.

Interessant sind auch die Vorgänge, die sich in Siegen, dem Wahlkreise des hrn. Stöcker, abspielen. Schon vor einigen Tagen hatte es, wie erwähnt, ein rechtsozialliberales Blatt getadelt, daß man ein Eintreten für Stöcker mit „starken Ausdrücken“ wie „Selbstmord“ bekämpfe. Trotzdem hatten die Nationalliberalen im Einverständnis mit den „Gemäßigt-Conservativen“ beschlossen, die Kandidatur Stöckers abzulehnen und diejenige des Freisinnigen Godesberg aufzustellen. Mit Bezug hierauf bringt nun die „Kreuztg.“ heutige folgende Enthüllung:

Die Centralseitung der nationalliberalen Partei hat, wie wir genau wissen, nach Siegen die Mitteilung ergehen lassen, das beliebte Vorgehen der dortigen Nationalliberalen sei mit dem Cartell nicht vereinbar, sie könnten auf Grund dieses sich nicht meigern, Stöcker zu wählen!

Dortach hätte also die nationalliberale Partei, an deren Spitze die Herren Miquel und Bennigsen stehen, offiziell für Stöckers Sache sich engagiert, ein gewiß charakteristisches Vorkommnis. Was die Gegner Nationalliberalen nun thun werden, bleibt abzuwarten; abzuwarten bleibt vor allem aber auch, was sie dann thun werden, wenn es durch ihr Eintreten für Godesberg zu einer Sichwahl zwischen den Freisinnigen und Stöckerianern kommt. Dann erst werden sie die wirkliche Probe auf ihre wahre Gesinnung abzulegen haben.

Uebereinstimmende Stimmzettel.

Der Vorstand des nationalliberalen Wahl-Congresses hat beschlossen, darauf hinzuwirken, daß sämmtliche Parteien sich bei der Reichstagswahl nur solcher Stimmzettel bedienen, die in ihrem Auflager vollständig übereinstimmen und so in keiner Weise künstlich sind. Auch im Wahlkreise Schwarburg-Rudolstadt beabsichtigen die bei der bevorstehenden Reichstagswahl concurrirrenden drei Parteien Stimmzettel von gleichem Papier und gleicher Größe zu beschaffen, um auf diese Weise nach Möglichkeit für wirkliche Wahlfreiheit zu sorgen. Vertreter der conservativ-national-liberalen, der deutschfreisinnigen und der sozialdemokratischen Partei haben sich in einer Besprechung dahin geeinigt und wollen die richtige Ausführung dieses Beschlusses den drei Druckereien zu Rudolstadt überlassen, die sich bereits gemein-

samen Papierankaufs u. s. w. mit einander ins Einvernehmen setzen sollen. Ebenso sollen durch einen gemeinsamen Aufruf in allen drei Parteiblättern kurz vor der Wahl die Inhaber der Wahllokale daran erinnert werden, daß Stimmen irgend welcher Partei nicht entfernt werden dürfen. Es ist dies ein durchaus verständiges Vorgehen, das wohl verdient, auch in allen anderen Wahlkreisen Nachahmung zu finden. Einmal empfiehlt sich dasselbe im Interesse der Wahlfreiheit, sodann ist ein solches gemeinsames Vorgehen in der That geeignet, die Heftigkeit des Wahlkampfes immerhin etwas zu mildern.

Der Samoa-Vertrag.

Der Senat der Vereinigten Staaten, dem der Vertrag zur Genehmigung überwandt worden, hat ihn dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten zur Vorberatung überwiesen. Noch in dem bereits mitgetheilten Auszuge ist die Rolle, welche einer Anzahl unbedeutiger Souveräne, sowie der Schweiz für den Fall zugewiesen wird, daß abermals Zwistigkeiten unter den interessirten Mächten aus Samoa entstehen. Einen dieser Monarchen, den Kaiser von Brasilien, haben die Ereignisse inzwischen aus der Liste der Schiedsmänner gestrichen; bezüglich seiner wird der Senatsausschluß in Washington wohl eine Correctur des Vertrages vornehmen müssen. Ob auch materielle Punkte des Abkommens Beachtung von dieser Seite finden werden, weiß man nicht, da die amerikanische Presse sich mit dem Gegenstande bisher fast ebenso wenig beschäftigt hat, wie deutsche oder englische Zeitungen. Die Befestigung jeder besondern Controle seitens der vertraglichen Mächte über die Regierung von Samoa drückt den wesentlichen Vertrag Deutschlands aus, welches früher als die zumeist interessirte Macht eine solche Controle beansprucht hatte. Von einem „Vereinigt“ oder einem von den Mächten gemeinsam zu bestellenden „Beirath“ für die eingeborene Regierung enthält der Vertrag nach den obigen Mittheilungen entgegen früheren Angaben nichts. Dagegen wird durch den im Nothfall vom König von Schweden zu ernnenden Oberrichter eine Instanz geschaffen, die man wenngleich als einen Verlust betrachten kann, Reibungen und Zwistigkeiten der verschiedenen Nationalitäten untereinander von dem bisherigen Wege der Intrige auf den Weg Karls zu bringen. Da dieser Versuch gelingt, in eine andere Frage. Besondere Beforge trifft der Vertrag für den Präsidenten des Communalrats von Apia, für dessen Ernennung nicht weniger als vier fremde Staatsoberhäupter in Aussicht genommen sind, falls die drei bestellten Mächte sich nicht einigen können. Da die Mehrzahl der Deutschen im Stadtbüro von Apia ihren Wohnsitz hat, so ist der Einfluß auf die dortige Verwaltung von großer Wichtigkeit. Allerdings besteht weder Schweden noch Holland, oder Brasilien, noch die Schweiz diplomatische Vertreter von Samoa, und man sieht nicht klar, wie die Oberhäupter jener Staaten das Material zu einem sachlichen Urtheil überstreitige Personalfragen dort gewinnen sollen; man geht indeß in der Annahme wohl nicht fehl, daß es der Eisernen unter den Beteiligten hauptsächlich darum zu thun war, die Beziehung der entsprechenden Posten überhaupt nur dem Einfluß dieser oder jener interessirten Macht zu entziehen. Da Malletoa als vertragsmäßiger König von Samoa sich bereits wieder auf dem Thron befindet, so ist der Vertrag in einem seiner wichtigsten Punkten bereits ausgeführt. Sobald der amerikanische Senat ihm seine Genehmigung erteilt hat, wird er internationales Gesetz, da weder vom deutschen noch vom englischen Parlamente Einwendungen gegen ihn zu erwarten sind. Gleichzeitig mit dem Text des Vertrages kommen Nachrichten über die derzeitigen Zustände auf Samoa zur Kenntniß, die nicht ungünstig laufen. Es wird der „Doss. Ztg.“ aus London, 20. Januar, gemeldet:

Nach Postnachrichten aus Samoa vom 27. Dezember scheint Malletoa Regierungsantritt einen dauernden Frieden auf den Inseln gesichert zu haben. Malletoa erschien am 24. Dezember eine Kundmachung, welche den Verkauf, die Verpackung oder die Veräußerung samoanischen Bodens seitens der Samoaner, die Einfuhr von Waffen und Munition sowie den Verkauf von Spirituosen an Samoaner oder Palauern bei schweren Geld- und Gefängnisstrafen verbietet.

Auch dies Verbot ist augenscheinlich eine direkte Folge des neuen Samoa-Vertrages; es wird den Handel mit den Inseln auf ein noch winzigeres Maß beschränken, als es für die Ausfuhr dorthin bisher schon bestand.

Zum Tode des Herzogs von Aosta wird aus Turin von Sonntag Abend noch gemeldet:

Am Paradebett des verstorbenen Herzogs von Aosta sind der König, die Prinzessin Clotilde, die Herzogin Wittwe und die Kinder des Herzogs anwesend. Das ganze Personal des herzoglichen Hauses des Leichnafes findet Mittwoch statt, zu welcher der König, einem Wunsch des Verstorbenen entsprechend, nur die Teilnahme der Turiner Garnison angeordnet hat. Der König wird dem Leichnam bis zur Basilica de Superga außerhalb Turin begleiten. Das 2. italienische Infanterie-Regiment Nr. 14, dessen Chef der Verstorbene war, wird bei den Feierlichkeiten vertreten sein. Die Königin und der Kronprinz treffen m

hängen und dem König, der Prinzessin-Wittwe sowie dem ältesten Sohne des Prinzen Amadeus Beileidsadressen zu überreichen; ferner werden die Sitzungen auf 15 Tage unterbrochen.

Im Auftrage des diplomatischen Corps begeben sich die Militär-Attachés zur Teilnahme an den Feierlichkeiten nach Turin.

Die französische Deputirtenkammer

berieb in der gestrigen Sitzung den Antrag Moline betreffend die Handhabung der Zölle von Reis und Mais. Moline erfuhr um Verweisung an eine Commission von 55 Mitgliedern, welche mit der Prüfung aller Zollfragen beauftragt werde. Ministerpräsident Thirard wies darauf hin, daß es zweckmäßiger wäre, vor der Ernennung einer so großen Zollcommission die Ergebnisse der im Gange befindlichen großen Enquête abzuwarten; er wäre wohl für Inlösung der vorgeschlagenen Commission, jedoch mit der Beschränkung, daß dieselbe keinen auf die handelsverträge bezüglichen Beschluss fasse. — Die Kammer nahm schließlich den Antrag Moline mit 415 gegen 28 Stimmen an.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung kam es wieder einmal zu sehr stürmischen Scenen, worüber nachstehendes Telegramm vorliegt:

Paris, 21. Jan. (W. L.) Gelegenlich der Interpellation wegen der Annulierung der von dem Pariser Municipalrat bewilligten Credite für die Griekenden im Rhone-Departement bestieg der Pariser Deputirte Joffrin (der an Boulangers Stelle in Paris gewählt wurde) unter heftigem Protesten der Rechten und Boulangerien die Tribüne. Die Kammer verhängte nacheinander die zeitweilige Ausschließung über die Abge. Droue de, Milleroye und Laguerre, welche sich weigerten den Saal zu verlassen. Die Sitzung wurde dreimal auf je eine Viertelstunde vertagt. Endlich war es Joffrin möglich zu sprechen. Derselbe labelte die Annulierung der Credite und griff Boulanger an. Die Kammer ging schließlich mit 292 gegen 52 Stimmen zur Tagesordnung über, worauf die Sitzung aufgehoben wurde.

Im französischen Senate

dankte gestern, wie aus Paris telegraphiert wird, der Präsident Leroyer in einer Ansprache dem Senate für das ihm wiederholte gezeigte Vertrauen durch seine zum neunten Male erfolgte Wiederwahl zum Präsidenten. Frankreich habe durch die letzten Wahlen bestätigt, daß es gewillt sei, in der Republik die zur Entwicklung seiner Geschicke nothwendige Ruhe zu finden. Er wende sich an die Vertreter ernster Arbeit zur Vermittelung des Programms der Reformen und der That; der Senat werde mit ihm von den gleichen Wünschen beseelt sein und werde zeigen, welche Erwartungen das Vaterland von der Republik und der Freiheit erwarten könne. Der Fall des Hauses folgte den Ausführungen des bewährten Präsidenten.

Verhandlungen über die ägyptischen Finanzen.

Wie Reuters Bureau erfährt, haben die Verhandlungen zwischen der französischen und der ägyptischen Regierung betreffend die Conversion der ägyptischen Prioritätschuld eine günstige Wendung genommen. Der leichte Meinungsunterschied von irgendwelcher Bedeutung sei verantloft worden durch die französische Forderung betreffend die Ernennung eines Comités unter dem Vorsitz des französischen Ingenieurs Barrois beabsichtigt. Überwachung der von dem Departement der öffentlichen Arbeiten unter Morcier gebauten Bemässerungsanlagen. Nachdem Ägypten und England entschieden ablehnend geantwortet, habe Frankreich die Forderung fallen lassen. Dem baldigen Abschluß eines Abkommens zwischen Frankreich und Ägypten werde entgegengesehen.

Reichstag.

47. Sitzung vom 20. Januar.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Postdampfschiff-Verbindung mit Ostafrika. Danach wird der Reichskanzler ermächtigt, für die Sicherung und Erhaltung einer solchen Dampfschiff-Verbindung eine Behilfe bis zum Höchstbetrage von jährlich 900 000 Mk. für zehn Jahre zu bewilligen. — Die Commission hat die Vorlage unverändert genehmigt und nur bei den Grundzügen des mit den betr. Unternehmern abzuschließenden Vertrages einige Zusätze zu machen vorgegeschlagen.

Abg. Dietz (Soc.): Die Sozialdemokraten bereit waren, für die früher bewilligten Dampferlinien zu stimmen. Die jetzt vorgelegte Linie dient garnicht dem Verkehr, sondern nur der Colonialpolitik in Ostafrika. Die ganze Colonie Ostafrika ist nicht so viel wert, wie die Knochen eines pommerschen Grenadiers. Ostafrika hat schon viele Opfer gefordert. Ich glaube, daß die Vorlage angenommen wird, und da möchte ich die Regierung bitten, auf einige Punkte ihre Aufmerksamkeit zu richten. Es muß verhindert werden, daß man Aulus oder Negri auf den Schiffen verwendet. Die Steuerzahler haben ein Interesse daran, daß ihnen solche fremden Arbeiter keine Konkurrenz machen. Die Einführung der Reger und Aulus als Kohlenzieher und Seizer auf den Schiffen der Woermann-Linie hat dazu geführt, daß die Löhne der weissen Arbeiter ähnlicher Art erheblich herabgesetzt wurden.

Abg. Grad (Els.): Die Reichsregierung hat mit ihrer Politik sehr grosse Erfolge gehabt. Es steht fest, daß seit der Zollreform der Export um eine halbe Milliarde gestiegen ist; ebenso hat sich der Import gehoben. Der Zweck einer richtigen Wirtschaftspolitik überhaupt ist, dem Volk lohnende Arbeit zu verschaffen. Ist Arbeit vorhanden, muß die Auswanderung abnehmen. Um Arbeit zu schaffen, muß sich die Industrie entwickeln und deshalb der Absatz vermehrt werden. Dies ist ebenso wie die Poliopolitik auch die Colonialpolitik. Wir werden also für die Vorlage stimmen.

Abg. Barth (freis.): Dem Vorredner gebe ich darin Recht, daß die Schuhpoliopolitik mit der Subventionspolitik verwandt ist. Es ist erklärlich, wenn der Abg. Grad, der unter den französischen Schuhzöllnern groß geworden ist, diese Vorlage mit Jubel begrüßt. Aber gerade die Erfahrungen Frankreichs mit der Subventionspolitik, mit Schiffahrtsprämien und Dampfersubventionen warnen uns, auf diesem Wege nicht weit vorzugehen. Die französische Rhetorei hat durch eine zu weite Ausdehnung der Subventionen einen sehr starken Stich ins Ungesunde bekommen. Diese prinzipielle Frage heute zu erörtern, hätte jedoch wenig Zweck. — Eine jede Dampferlinie, die durch irgend welche Subventionen zu Stande kommt, hat auch in einem gewissen engen Rahmen ihren Nutzen für den Verkehr auf der betreffenden Route. Darauf kommt es aber nicht an; maßgebend ist allein die Frage, ob sie von den Steuerzahlern eines bestimmten Landes aufgewendeten Mittel im Verhältnis stehen zu dem Nutzen, den man sich von der zu subventionierenden Linie versprechen kann. Bei keiner Linie ist das weniger der Fall als gerade hier. Hätte man sich mehr Zeit genommen, dann wäre es mit

dieser Linie wahrscheinlich so gegangen wie mit der seiner Zeit nach Westafrika projectirten. Der Herr General-Postmeister hat uns neulich gesagt, daß die westafrikanische aufgegeben sei, weil sie jetzt überflüssig sei. Er sagte, Westafrika habe sich jetzt so kräftig entwickelt, daß es einer Unterstützung durch eine Subventionslinie nicht mehr bedarf. Nach den offiziellen Export- und Importstatistiken hat sich aber der Verkehr durchaus nicht so sehr gehoben. 1884 betrug der ganze Export von Hamburg dorthin 530 000 Doppelcr., 1885 561 000 und 1886 569 802 Doppelcr. Das ist also von 1885–1888 nur eine ganz minimale Steigerung um 40 000 Doppelcr. Der Einfuhrverkehr Westafrikas stellte sich im Werthe 1884 auf 13, 1888 noch nicht 15 Mill. Mk. Es ist also seit 1884 durchaus keine vollständige Aenderung der Situation eingetreten, die Entwicklung ist nur so gewesen, wie auch sonst im Weltverkehr, wenn man den Dingen ihren ruhigen Lauf läßt und nicht zu hastig ist. An die Subventionierung einer Linie nach Ostafrika hätten wir niemals gedacht, wenn wir nicht seit mehreren Jahren eine ostafrikanische Colonialpolitik trieben, die weit über das ursprüngliche Programm des Reichskanzlers hinausgeht. Deshalb wird diese Colonialpolitik auch unendlich viel mehr kosten. Diese 900 000 Mk. gehören auch auf das Conto der Colonialpolitik, und das wird immer mehr anwachsen. Hoffentlich wird es uns nicht so gehen, wie den Franzosen in Algier, die seit dem Bestehen von Algier die Kleinigkeit von 3/4 Millarden Franken hineingeschustert haben. Aus allen diesen Gründen, sowohl vom handelspolitischen wie vom colonialpolitischen Standpunkt verweise mir die Vorlage. Wir sind keineswegs unempfindlich gegen den patriotischen Stolz, von dem der General-Postmeister neulich sprach, wir sehen es immer mit Freude, wenn eine neue Dampferlinie eingerichtet wird nach irgend einem Theil des Weltmeeres, aber wenn uns der General-Postmeister aufsorderte, patriotischen Stolz zu empfinden, wenn der erste Dampfer in Ostafrika die deutsche Flagge auf dem Top hält, so würden wir mehr Stolz darüber empfinden, wenn es ein Privatunternehmen wäre, als wenn die deutschen Steuerzahler dafür in Anspruch genommen werden, denn in diesem Falle sind diese großen Empfindungen in sehr geringem Maße am Platze. Herr Grad begrüßt mit Freude die Anstrengungen, mit der Colonialpolitik und der Dampfersubvention uns in den Weltverkehr weiter hineinzutreiben und den Handel Deutschlands auf eine höhere Stufe zu bringen. Alle diese Mittel sind außerordentlich kleiner Natur und werden nicht viel erreichen. Es gibt andere Mittel, den Verkehr Deutschlands zu heben. Das wird der Fall sein, wenn Sie Ihre verschleierte Handelspolitik aufgeben und zu der Handelspolitik übergehen, deren Prinzip ist, den großen Weltverkehr zwischen den einzelnen Völkern zu ermöglichen.

Abg. Nintzel (Cir.): Ein Theil meiner Freunde wird für die Vorlage nicht stimmen, weil die ganze Angelegenheit zur Zeit nicht reif ist. Die finanzielle Lage ist nicht danach angehängt, so viel Geld für entfernt liegende Zwecke auszugeben. Es sind so viele innere Kolosse vorhanden, für welche das Geld besser verwendet werden kann. Ferner ist unser Antrag auf Cultusfreiheit in Afrika abgelehnt worden. Ohne Missionsfreiheit aber ist Colonisation nicht möglich, deshalb verliest auch der colonialpolitische Gesichtspunkt für uns an Werth.

Abg. Woermann (n. l.): Herrn Dietz möchte ich nur erwidern, daß schwarze Arbeiter als Kohlenzieher und Triimmer von mir angestellt sind, weil deutsche Arbeiter diese Arbeit nicht ertragen können wegen der allzu großen Hitze. Das liegt also im Interesse der Menschlichkeit und auch der Schiffahrt. Ich werde auch in Zukunft bei diesem System bleiben.

S 1 wird mit den Stimmen der Conservativen, Nationalliberalen, der Elsässer und der Minderheit des Centrums angenommen.

Nach S 2 muß der mit dem Unternehmer abgeschließende Vertrag eine Reihe von Hauptbedingungen enthalten, welche der Vorlage in einer besonderen Anlage beigefügt sind, und bedarf zu seiner Gültigkeit der Genehmigung des Bundesrats. Die Budgetcommission hat den einzelnen Nummern der Anlage zwei neue hinzugelegt. Nach der ersten sollen die Unternehmer der Linie verpflichtet sein, bei der Hin- und Rückfahrt einen holländischen oder belgischen Hafen anzuhalten; nach der zweiten soll, falls dem Unternehmer dauernd größere Gewinne erwachsen, die Ausübung größerer Leistungen oder die Auflösung der Subvention stattfinden.

Staatssekretär v. Bötticher: Herr Dietz hat der Regierung einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie sich nur die auf den Schiffen des Bremer Clond vorgekommenen Selbstmorde nicht ausreichend geklammert habe. Dieser Vorwurf ist unbegründet. Alle diese Fälle kamen zur Kenntnis der Geheimericht. Es hat sich herausgestellt, daß die Klagen darüber, daß die Leute durch schlechte Behandlung zum Selbstmord getrieben wurden, bis auf einen ernstlich bestrafften Fall durchaus unbegründet gewesen sind. Die Ursache beruht vielmehr wesentlich darin, daß das Material, aus dem diese Kohlenzieher genommen werden, in der Regel ein recht verkommenes ist. Seitens der Reichsregierung sind Verhandlungen eingeleitet worden, um Garantien dafür zu schaffen, daß künftig in der Auswahl der Personen für dieser Arbeit vorsichtig und sachgemäß verfahren wird, und ich wünsche, daß sich dann solche Vorfälle nicht wiederholen. Irgend welche Anlassung für die Regierung jedoch, beim Abschluß von Verträgen mit den Unternehmern irgend welche Vorschriften bez. der Auswahl und der Behandlung der Kohlenzieher zu machen, liegt nicht vor, weil die Selbstmordfälle nicht auf den vom Reich subventionierten Dampfern vorgekommen sind.

Abg. Dietz (Goc.): Die Regelmäßigkeit, mit welcher solche Vorfälle auf dem Bremer Clond vorkommen, ist ein Beweis dafür, daß nicht Dasselbe, sondern Absicht dabei im Spiele ist. Daß es möglich ist, die Schiffsmannschaften humaner, als der Bremer Clond es thut, zu behandeln, zeigt das Beispiel Hamburgs, wo derartige wenig erfreuliche Dinge nicht vorkommen. Daß eine bestimmte Antwort gegen das Anwerben von Aulus oder Negern nicht gegeben ist, bedauere ich.

Staatssekretär v. Bötticher: Ob der Bundesrat in der Lage ist, solche Bestimmungen zu treffen, beweise ich, ich halte es aber auch nicht für wünschenswert, das Anwerben von Aulus ganz zu verbieten, denn die Art, wie Herr Woermann sie anwendet, erscheint mir ganz gerechtfertigt. Lassen Sie den Aulus den Dienst, es sind ja auch Menschen. (Heiterkeit.)

Abg. Lohsen (Reichs.): Ich bin erfreut über die Vorlage, aber ich kann es nicht verstehen, wie man die Linie an der Delagoa-Bai endigen lassen will, während man früher Port Elisabeth als Endpunkt in Aussicht genommen hatte. Unser Export nach dem Capland ist noch sehr der Steigerung fähig.

Abg. Dittmann (nat. lib.): Ich begrüße es mit Freuden, daß die Commission die Bestimmung hinzugefügt hat, daß ein belgischer oder holländischer Hafen anlaufen werden müsse. Das liege namentlich im Interesse Südwestdeutschlands.

Abg. Graf Hönsborgh (Centr.): empfiehlt ebenfalls das Anlaufen eines belgischen oder holländischen Hafens im Interesse der Rheinprovinz.

S 2 wird angenommen, ebenso der Rest der Vorlage. Die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Redakteurs der "Düsseldorfer Arbeitzeitung" wegen Beleidigung des Reichstages beschließt der Reichstag nicht zu ertheilen.

Darauf wird die dritte Berathung der Anträge Ackermann-Aichbächer, betr. den Befähigungs-nachweis, sorgfältig, und zwar mit der Abstimmung über Einleitung und Ueberschrift des Gesetzentwurfs. Dieselbe ergibt die Annahme von Einleitung und Ueberschrift mit 129 gegen 92 Stimmen.

Die definitive Abstimmung über das ganze Gesetz ist auf Antrag des Abg. Kröber eine namentliche. Dieselbe ergibt die Annahme mit 130 gegen 92 Stimmen. Für

das Gesetz stimmen die Conservativen, ein Theil der Reichspartei und das Centrum.

Es folgt der Bericht der Rechnungs-Commission betreffend den Antrag Richter auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffend die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichshaushalts in Verbindung mit dem Bericht derselben Commission betreffend die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt für 1884/85 sowie die zu diesem Etat und zu den Etats von 1881/82 bis 1883/84 unter Beanstandung der Justizationsordres gemachten Vorbehalte.

In Bezug auf den Antrag Richter beantragt die Commission, den Reichskanzler zu eruchen, dem Reichstage schon in der nächsten Session einen Gesetzentwurf betreffend die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichshaushalts, sowie einen Gesetzentwurf betreffend die Einrichtung und die Befugnisse des Rechnungshofes vorzulegen.

In Bezug auf den zweiten Punkt beantragt die Commission, dem Reichskanzler bezüglich der allgemeinen Rechnung für 1884/85 Entlastung zu ertheilen und die Vorbehalte aus den früheren Rechnungen fallen zu lassen und in Bezug darauf ebenfalls die Entlastung zu ertheilen.

Abg. Meyer-Halle (freis.): Seitdem der Reichstag weiß, daß die Justiziation von Einnahmeausfällen durch eine vom Kriegsminister eines Einzelhauses kontragierte Orde des Landesherrn erfolgt ist, hat er eine ganz bestimmte und konsequente Stellung eingenommen, die zu verlassen ihm gegenwärtig zugemutet wird. Staatsrechtlich liegt die Sache einfach so, daß dem Reichstage gegenüber kein anderer Beamter eine Verantwortlichkeit trägt wie der Reichskanzler, und daß daher Akte, welche nicht durch die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gedeckt sind, dem Reichstage gegenüber als nicht existent angesehen werden müssen. Der Reichskanzler hat selber mit dem größten Nachdruck hier erklärt, er allein trage dem Reichstage gegenüber die Verantwortlichkeit auch in Angelegenheiten der Heeresverwaltung, und er halte es für unzulässig, daß der Reichstag sich mit einer Resolution an die Verwaltungen der einzelnen Contingente wende. Damit hat sich der Kriegsminister vollkommen einverstanden erklärt. Wie kommt es nun, daß hier eine staatsrechtliche Doktrin zum Durchbruch gekommen ist, die mit jener Erklärung im Widerpruch steht! Darüber hat uns der Kriegsminister nichts mitgetheilt. Indem die Commission sich in einer materielle Prüfung der Gerechtigkeit dieser Justiziationsordres eingelassen, hat sie dem Reichstage eine Aufgabe zugemutet, zu welcher ihm das erforderliche Maß von Sachverständigen fehlt. Diese Gründe sind durchschlagend, um an den früheren Standpunkt des Reichstages, den früher auch Mitglieder der nationalliberalen Partei und des Centrums gehalten haben, festzuhalten. Wir müssen den Vorbehalt, der gegen die früher becharigte Rechnung gemacht ist, aufrecht erhalten, bis die nachträgliche Contratssignatur des Reichskanzlers beigebracht ist, und wir können am allerwenigsten für die Zukunft auf diese Contratssignatur verzichten.

Abg. Letocha (Centr.): vertritt den Standpunkt der Commission.

Abg. Rickert behauptet lebhaft, daß die Commission den Standpunkt, den der Reichstag immer eingehalten hat, plötzlich ohne irgend einen Grund aufgeht. Neben dem Collegien Meyer kann ich bezeugen als früherer Vorsitzender der Rechnungscommission, der ich namens der Nationalliberalen alle Rechnungen von 1887 ab habe prüfen lassen, daß wir die Rechnungshof darin begegneten, daß wir die Gegenzeichnung des Reichskanzlers bei militärischen Cabinettsordres der Gouvernements der Einzelstaaten für nothwendig halten. Deshalb will man gerade jetzt den Rechnungshof in Sicherheit und die immer festgehaltenen Grundsätze über den Haufen werfen? Die Frage ist von einer viel größeren Tragweite, als es den Anschein hat. Man sagt, hier handle es sich um selbständige Contingentsverwaltung und die Bestimmungen der Landesgesetze gelten bezüglich der Gültigkeit der Cabinetsordres. Eine solche Auffassung durchbricht aber das Reichsrecht, welches höher steht als die Landesgesetze. Wir haben nach Artikel 72 der deutschen Verfassung die Rechnungen zu prüfen nach Artikel 17 ist unbedingt die Gegenzeichnung des Reichskanzlers zur Gültigkeit einer Anordnung und Verfügung nothwendig. Die Commission sagt, der Kanzler übernehme bereits die Verantwortlichkeit durch Überereichung der Rechnungen; das ist aber nicht zutreffend. Wenigstens hat der Reichskanzler in diesem Sinne sich bisher nicht geäußert, sonst hätte er doch zweifellos die Gegenzeichnung nachgeholt, selbst wenn die Sache an sich zweifelhaft wäre. Wir müssen den Rechnungshof in seinen unabhängigen Bestrebungen auf Ausrechterhaltung der verfassungsmäßigen und gesetzlichen Bestimmungen unbedingt unterstützen, das ist auch unsere Pflicht. Wenn ferner die sächsische Militärverwaltung sich weigert, dem Rechnungshof Einsicht in die Akten in Betrieb der Unregelmäßigkeiten in der Garnisonverwaltung zu verschaffen, so kann dies nicht mehr als die Landesgesetze. Wir haben nach Artikel 72 der deutschen Verfassung die Rechnungen zu prüfen nach Artikel 17 ist unbedingt die Gegenzeichnung des Reichskanzlers zur Gültigkeit einer Anordnung und Verfügung nothwendig. Die Commission sagt, der Kanzler übernehme bereits die Verantwortlichkeit durch Überereichung der Rechnungen; das ist aber nicht zutreffend. Wenigstens hat der Reichskanzler in diesem Sinne sich bisher nicht geäußert, sonst hätte er doch zweifellos die Gegenzeichnung nachgeholt, selbst wenn die Sache an sich zweifelhaft wäre. Wir müssen den Rechnungshof in seinen unabhängigen Bestrebungen auf Ausrechterhaltung der verfassungsmäßigen und gesetzlichen Bestimmungen unbedingt unterstützen, das ist auch unsere Pflicht. Wenn ferner die sächsische Militärverwaltung sich weigert, dem Rechnungshof Einsicht in die Akten in Betrieb der Unregelmäßigkeiten in der Garnisonverwaltung zu verschaffen, so kann dies nicht mehr als die Landesgesetze.

Abg. Lohsen (Centr.): vertritt den Standpunkt der Commission.

Herr Rickert betont lebhaft, daß die Commission den Standpunkt, den der Reichstag immer eingehalten hat, plötzlich ohne irgend einen Grund aufgeht. Neben dem Collegien Meyer kann ich bezeugen als früherer Vorsitzender der Rechnungscommission, der ich namens der Nationalliberalen alle Rechnungen von 1887 ab habe prüfen lassen, daß wir die Rechnungshof darin begegneten, daß wir die Gegenzeichnung des Reichskanzlers bei militärischen Cabinettsordres der Gouvernements der Einzelstaaten für nothwendig halten. Deshalb will man gerade jetzt den Rechnungshof in Sicherheit und die immer festgehaltenen Grundsätze über den Haufen werfen? Die Frage ist von einer viel größeren Tragweite, als es den Anschein hat. Man sagt, hier handle es sich um selbständige Contingentsverwaltung und die Bestimmungen der Landesgesetze gelten bezüglich der Gültigkeit der Cabinetsordres. Eine solche Auffassung durchbricht aber das Reichsrecht, welches höher steht als die Landesgesetze. Wir haben nach Artikel 72 der deutschen Verfassung die Rechnungen zu prüfen nach Artikel 17 ist unbedingt die Gegenzeichnung des Reichskanzlers zur Gültigkeit einer Anordnung und Verfügung nothwendig. Die Commission sagt, der Kanzler übernehme bereits die Verantwortlichkeit durch Überereichung der Rechnungen; das ist aber nicht zutreffend. Wenigstens hat der Reichskanzler in diesem Sinne sich bisher nicht geäußert, sonst hätte er doch zweifellos die Gegenzeichnung nachgeholt, selbst wenn die Sache an sich zweifelhaft wäre. Wir müssen den Rechnungshof in seinen unabhängigen Bestrebungen auf Ausrechterhaltung der verfassungsmäßigen und gesetzlichen Bestimmungen unbedingt unterstützen, das ist auch unsere Pflicht. Wenn ferner die sächsische Militärverwaltung sich weigert, dem Rechnungshof Einsicht in die Akten in Betrieb der Unregelmäßigkeiten in der Garnisonverwaltung zu verschaffen, so kann dies nicht mehr als die Landesgesetze.

Abg. Lohsen (Centr.): vertritt den Standpunkt der Commission.

Abg. Rickert (n. l.): stellt in Abrede, daß die Commission ihren früheren prinzipiellen Standpunkt aufgegeben habe; sie habe nur einen modus vivendi schaffen wollen, bis die Sache durch die Gesetzgebung zum Ausgang gebracht sei.

Inzwischen ist vom Abg. Rickert der Antrag eingegangen, in Bezug auf die Rechnung von 1884/85 den Reichskanzler auszufordern, den seitens der Ober-Rechnungskammer gemachten Vorbehalten gegenüber die Verantwortung durch nachträgliche Gegenzeichnung zu übernehmen und unter diesen Vorbehalt die Entlastung für die Rechnung von 1884/85 zu ertheilen.

Abg. Windhorst: Es handelt sich hier um einen erheblichen Rechtsstreit des Reichstages. Weder die Commission noch die gegenwärtigen Erörterungen haben die

Hamburg, 20. Januar. Der „Hamburgischen Börsenalle“ ging von dem Verein der Hamburger Räder eine Richtigstellung bezüglich der Ursache des Streiks der Arbeiter zu. Darnach erreichten bei der Einführung von Schnelldampfern in Fahrt die Feuerleute 20 Mk. Lohnerhöhung, bei Außerdienststellung wurden hieron 10 Mk. gekürzt, so daß die Löne immer noch 10 Mk. höher sind als zu Anfang 1889 und höher als 1888. Jetzt verlangen die Feuerleute wiederum 10 Mk. Lohnerhöhung, was die Räder verweigern.

Karlsruhe, 20. Jan. In der zweiten Kammer beamtete der Ministerial-Director Eisenlohr die Interpellation wegen der Handhabung des Socialistengesetzes; auf die angegriffenen Fälle eingehend, wies derselbe nach, daß in der großen (?) Mehrzahl derselben sich die Beamten im Einklang mit dem Gesetz befunden haben. Wenn in vereinzelten (?) Fällen Unrichtigkeiten vorgekommen wären, so hätten die Beamten bona fide gehandelt.

Italien.

Rom, 20. Januar. Das Ministerium des Auswärtigen überwandte einen Antrag für den Sarg des verstorbenen französischen Botschafters Mariani.

Türkei.

Konstantinopel, 20. Januar. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, İhni Pascha, ist zum Nachfolger des verstorbenen Intendanten der Evkaf Mustapha Pascha ernannt. Der Generaldirector der indirekten Steuern, Ralf Pascha, der durch İhni Pascha ersetzt wird, tritt an die Stelle von İhni Pascha. (W. L.)

Am 22. Januar: Danzig, 21. Jan. M.-a. Tage. S.-a. 8.6. u. 2.18. M.-u. 6.27. Wetterausichten für Mittwoch, 22. Januar, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und war für das nordöstliche Deutschland:

Bewölkt, Niederschläge, mäßig kalt. Schwache und mäßige Lustbewegung; Nebel in den Küstengebieten. Im Süden anfangs helles Wetter, später Kälte.

Jahr Donnerstag, 23. Januar:

Bewölkt, trüb, Niederschläge; vielfach Nebel. Meist schwache Lustbewegung; wenig veränderte Temperatur.

Jahr Freitag, 24. Januar:

Etwas kälter, bewölkt, Niederschläge. Lebhaft ausfrischende rauhe Winde.

Jahr Sonnabend, 25. Januar:

Meist verändert; lebhafte rauhe, starke bis stürmische Winde; bewölkt, Niederschläge, einige Sonnenblitze.

* [Kaisers Geburtstag.] In derselben füllen Weise, wie die Civil-Behörden, wird auch das Militär in diesem Jahre den Geburtstag des Kaisers am Montag begehen. Die einzelnen Battalione, Compagnien und Schwadronen werden sich in verschiedenen Lokalen zu gemeinsamem Essen und zur Aufführung lebender Bilder und kleiner Theaterstücke zusammenfinden, doch fällt da Musik zu unterbleiben hat, die sonst übliche Tamboufflung aus. Ebenso fällt bei den öffentlichen Feierlichkeiten der Zapfenstreich am Vorabend und die Festmusik bei der Paroleausgabe fort. In der Marienkirche und den Garnisonkirchen findet der übliche Festgottesdienst statt.

* [Von der Weichsel.] Aus Warschau wird auch heute fallendes Wasser gemeldet. Nach einem Mittags 1 Uhr eingetroffenen Telegramm betrug der heutige Wasserstand 3,16 Meter (gestern 3,26 Meter). Auch bei Thorn ist das Wasser wieder erheblich gefallen, nämlich von 2,38 Metern, welches das gestrige Telegramm meldete, auf 1,54 Meter heute Mittags. Das Eislaufen ist dort nur gering. Die Eisstoppung zwischen Graudenz und Marienwerder scheint noch immer fest zu stehen, wenn auch geringe Eisbewegungen bei Graudenz stattgefunden haben. Bei Plehnendorf ist auch bis heute Mittag noch kein Eis aus dem oberen Stromlauf vorbeladen.

* [Provinzial-Museum.] Aus einem Bericht, den die bestehende westpreußische Provinzial-Kommission für Kunst und Wissenschaft dem in Kürze zusammenretrenden Provinziallandtag für das Wirtschaftsjahr 1889/90 erfüllt hat, entnehmen wir, daß die Naturforschende Gesellschaft in den Stand gesetzt worden ist, ein Sonderwerk des Herrn Dr. Conventz, über die baltischen Bernsteinbäume, welches durch die ihm beigefügten 18 colorirten Tafeln erhebliche Kosten verursacht, in den Druck zu geben. Durch die anthropologische Section der Naturforschenden Gesellschaft sind auch in diesem Jahre eine Reihe von Ausgrabungen neu veranstaltet, welche recht interessante Resultate ergeben haben. Die Sammlungen vermehren sich fortgesetzt, zum großen Theile durch Geschenke. Unter diesen wird eine Collection von Boffen, Schmuckstücken und Geräthen aus dem Mitlande hervorgehoben, welche Herr Lieutenant Märcker, ein Sohn Danzigs, der jetzt sich auf der Reise nach Westafrika befindet, dem Provinzial-Museum überreichen hat. Die Aufnahme und Bearbeitung der Bau- und Kunstdenkmäler Westpreußens schreitet rüdig fort. Dem Provinziallandtag wird bei seiner Gründung ein neues Heft, in welchem die hochinteressanten Bauwerke der Stadt Thorn enthalten sind, überwiesen werden.

Nachdem mit dem Pontificale Leo XIII. die vatikanischen Geheimarchive zur wissenschaftlichen Benutzung geöffnet worden sind, ist, wie wir's J. berichtet haben, Herr Oberlehrer Dr. Damus von der Prov. zur Erforschung derselben nach Rom geschickt worden. Nach dem im November eingegangenen Berichte des Herrn Damus hat derselbe am 14. Oktober seine Arbeiten in den versch. edenen Archiven des Vatikans beginnen können. So sehr ihm dieselbe erleichtert wird durch die Freundschaft der oberen Archivbeamten und durch die überaus entgegenkommenden Informationen der Gelehrten der preußischen historischen Station, so werden sie erschwert durch die auf die Vor- und Mittagsstunden von 8½ bis 12 Uhr beschränkte Arbeitszeit und durch die Unmöglichkeit des Materials, das nach ungefährer Schätzung aus 24500 Bänden besteht, die in 25 Sälen aufgestellt sind.

* [Alpenverein.] Die Section Danzig des deutsch-österreichischen Alpenvereins hielt gestern Abend im Lokale der Naturforschenden Gesellschaft ihre Sitzung ab, in welcher Herr Oberlehrer Schumann einen interessanten Vortrag über seine im vorigen Jahre gemachte Reise durch Tyrol nach dem Gardasee hielt. Die Section Danzig zählt bereits 30 Mitglieder.

* [Bildungs-Verein.] In der gestrigen Versammlung hielt Herr Dr. Ley einen sehr zeitgemäßen Vortrag über die Bedeutung der Influenza. Der Vortragende kam aus den Beobachtungen aus seiner Praxis und an sich selbst zu dem Ergebnis, daß die Influenza eine Epidemie sei, die sich von unserem ein-

heimischen Schnupfenfieber ebenso unterscheide, wie die cholera nostras von der cholera asiatica. Dieselbe trete entweder nervös oder katarhalisch oder gastrisch oder schließlich in einer Mischform auf und habe im allgemeinen, sobald nicht Complicationen hinzutreten, einen glänzenden, bald schnelleren, bald langsameren Verlauf. Wenn man auch geglaubt habe, daß die Krankheit durch einen Spaltvirus erzeugt werde, so sei doch ein Beweis für diese Annahme noch nicht geliefert worden, so daß die Entstehung der Epidemie heute noch unbekannt sei. So viel nur steht fest, daß die Krankheit weder miasmatisch noch contagios sei. Nach einer eingehenden Schilderung der allgemein bekannten Krankheitserscheinungen erklärte der Redner die Ansicht, daß die Influenza die Vorläuferin einer gewissen Epidemie, wie z. B. der Cholera sei, für unbegründet. Im Gegenteil sei die aussallende Beobachtung gemacht worden, daß während des Herrschens der Influenza andere Epidemien, wie z. B. Scharlach, Masern und Diphtheritis, zurückgegangen seien. Nach dem Schluß seines mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrages beantwortete Herr Dr. Ley mehrere von den Zuhörern an ihn gestellte Fragen in sehr bereitwilliger und erschöpfernder Weise.

* [Der Verein der Stromschiffer] hielt Sonntag Nachmittag zu Thorn eine Hauptversammlung ab, die zahlreich besucht war. Der Vorsteher Herr Fansche erstattete Bericht über die Tätigkeit des Vereins. Gänzlich ihm zur Kenntnis gelangten, begründeten Beschwerden hat Herr F. den betreffenden Behörden unterbreitet und in vielen Fällen Abhilfe erreicht. Dem Bericht des Rendanten entnehmen wir, daß der Verein 72 Mitglieder zählt und ein Vermögen in Höhe von 329 Mk. besitzt. Schließlich wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt.

* [Unglücksfall.] Der Kaufmann Albert Richard Scherl hatte sich gestern Nachmittag zu einer Besprechung in dem Hause Pfefferstadt 28 eingefunden. Dort traf ihn das Unglück, die Treppe herabzurutschen. Er verstarb nach kurzer Zeit in seiner nahegelegenen Wohnung, wohin man ihn gebracht hatte. Vermuthlich hat Herr Scherl bei dem unglücklichen Sturz einen Bruch der Nierenwirbelsäule erlitten.

* [Unfall.] Der Arbeiter Friedrich E. aus Neufahrwasser erlitt aus einem Schiff dagegen durch herabfallende Pläste aus Schibith ausgebrochen und nach der gerichtlichen Leichenhalle gebracht, wo dieselbe heute Dormitio steht.

* [Leichenfund.] Gestern wurde am Schutzenstege von einem der dort stationirten Stromschulleute in einem Oberkahn die Leiche eines anscheinend obdachlos gewesenen Mannes gefunden.

* [Section.] Gestern Nachmittag wurde auf dem Kirchhof zu Stolzenburg die Leiche des Fleischermeisters Plascha aus Schibith ausgegraben und nach der gerichtlichen Leichenhalle gebracht, wo dieselbe heute Dormitio steht.

* [Messer-Eßare.] Der Arbeiter Ferdinand S. von hier geriet am Sonntag Abend in der Spindhausschen Neugasse mit dem Arbeiter Carl W. in Streit, welcher ihm einen Messerstich ins Gesicht versetzte, der eine ca. 5 Cm. lange Schnittwunde unterhalb des rechten Auges zur Folge hatte. Nachdem der Verletzte im Garnison-Lazareth einen Notverband erhalten, begab er sich gestern nach dem Stadt-Lazareth in der Sandgrube.

* [Schwurgericht.] In der heutigen letzten Sitzung der ersten Schwurgerichtsperiode wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit eine Anklage wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit gegen den Besitzer Johann Mautz aus Konarschin (Kr. Berest) und den Schmied Ferdinand Schachta aus Lubitsch (Kreis Pr. Stargard) verhandelt, welche mit der Freisprechung der beiden Angeklagten endete.

[Polizeibericht vom 21. Jan.] Verhaftet: 1 Arbeiter wegen Diebstahl, 1 Dekonom wegen Haussiedensbruchs, 2 Bettler, 9 Obdachlose, 1 Frau wegen Unrechts, 1 Dirne. — Gestohlen: 1 schwarzes Jaquet, 1 schwarzer Hut mit hellen Spitzen, 1 schwarzer Regenschirm, 1 Paar braune Glashandschuhe, 1 Blümchen, 1 goldene Damenuhr Nr. 62784. — Gefunden: 1 eiserne Tasche, 1 Tuch, 1 Mütze, 1 Blechmarke, 1 Taschentuch; abholen von der Polizei-Direction.

* An Stelle des Herrn v. Puttkamer-Plauth, der einer ferneren Reichsabs-Candidatur entlagt hat, haben die Conservativen des Ebing Marienburger Wahlkreises in einer am Sonntag zu Ebing abgehaltenen Vertrauensmänner-Verzählung den Hofsägemüller Grafen Richard zu Dohna als Candidaten aufgestellt.

* Ebing, 20. Januar. Das hiesige Schwurgericht hatte am Sonnabend Abend über zwei Frauen das Todesurtheil zu fällen. Die Eigentümerin Bertha Hochstein und die Arbeiterfrau Veronica Domalski zu Braunswalde im Kreise Guben waren angeklagt, zunächst einen Mordversuch und dann einen Mord an dem Ehemann der ersten begangen zu haben. Wie J. unter Stumpf Correspondent gemeldet hat, hatten sie den Eigentümer Hochstein erst zu vergiftet, ihn dann betäubt und mittels eines Striches erbrockt, indem sie ihn aufzwingen, um so gleich den Anschein zu erwecken, als habe sie sich selbst den Tod gegeben. Da die Geschworenen die beiden Frauen im vollen Umfange der Anklage schuldig erklärten, wurde neben dem Todesurtheil wegen Mordversuchs noch gegen die Hochstein aus 5, gegen die Domalski auf 3 Jahre Zuchthaus erkannt. — Die „Altp. Ztg.“ erklärt die in einigen Provinzialblättern enthaltene, von vornherein sehr unwahrscheinliche Nachricht, die Schau'l'sche Welt habe einige Torpedoboots an die portugiesische Regierung verkauft, für völlig aus der Lust gegriffen.

Stolzenburg, 20. Jan. In der gestrigen hier abgehaltenen General-Verzählung des Borschusvereins Stolzenb., e. G. mit unbeschränkter Häufigkeit, wurde mitgetheilt, daß der Verein seit 150 Mitgliedern jährt, die ein Guthaben von 6182,61 Mk. als Geschäftsumsatz brachte 273 193 Mk. Als Dividende kommen 3 Proc. pro Vertheilung. * Der Provinzial-Steuerdirektor, Geh. Finanzrat Loewe zu Königsberg ist zum Geh. Ober-Finanzrat und den Consistorialrat Pelka in Königsberg von der dortigen theologischen Facultät zum Ehrendoctor der Theologie ernannt worden.

Stadt-Theater.

* Der Don Carlos, den gestern hr. Matkowsky spielle, war besonders geeignet, dem Künstler nicht nur die Anerkennung, sondern auch die Herzen des Publikums zu gewinnen. Die Gestalt des jungen Prinzen mit dem blendenden Glam ihrer äußeren Erscheinung wurde dem Zuschauer schnell sympathisch durch den Grundton nativer Treuerigkeit, den Herr Matkowsky so glücklich überall da zu treffen wußte, wo der Prinz sein Herz eröffnet, besonders rührend in der großen Scene des 2. Aktes, wo er sich vergebens bemüht, in dem kalten, misstrauischen Gemüth Philipp's ein wärmeres Gefühl zu erwecken, und bei dem Erwachen im Kerker (zweiter Akt), als er Posa so wehmuthsvoll und doch ohne alle Vorwürfe begrüßt. Ueberhaupt kam in dieser Parise mehr als in den früheren das Gefühl zu seinem Recht, und zwar gab diesem hr. Matkowsky nicht nur einen Ausdruck von überzeugender Wärme, sondern auch von jener Zartheit, welche die idealistische Natur der Liebe und der Freundschaft in diesem Drama fordert. Anderseits stand auch wieder das seurige Temperament, über das unser Gast verfügt, Gelegenheit, sich siegreich zu bewähren, so in der erwähnten ersten Scene mit dem König, wie besonders in der Kerker-scene. Gehr hübsch war auch das Spiel in der Scene mit der Eboli im zweiten Akt, wo er die schnell

wechselnden Stimmungen mit treuester Naturwahrheit wiedergab. Wir haben seit einer Reihe von Jahren nicht eine so meisterhafte Wiedergabe der Carlos-Partie gesehen wie gestern, und ähnlich empfand wohl auch das Publikum, das Herrn Matkowsky mit Beifall überschüttete.

Von den übrigen Darstellern sind die Damen Immisch (Röntgen), Bruck (Eboli) und die Herren Hofmann (Posa) und Weidlich (Philipp) mit Anerkennung zu nennen. Die anderen Rollen waren entweder ganz, oder doch bis auf das Unerheblichste dem Regiestift zum Opfer gefallen — was übrigens die große Länge des Stückes fast unvermeidlich macht. Irl. Immisch gab die Elisabeth sehr, gefühlvoll und mit Würde. Irl. Bruck behandelte die Partie der Eboli mit Verständniß und mit Temperament. Die schwierige Scene des 2. Aktes mit dem Prinzen gelang zum größten Theil gut; nur forcirte die Darstellerin am Schlusshypothese ihre Stimme zu sehr, unter solcher Anspannung einen nicht schönen Lang annimmt. Der Posa des Herrn Hofmann und der König Philipp des Herrn Weidlich waren sehr verdienstliche Leistungen, was auch von dem Publikum lebhaft anerkannt wurde.

Unlesbar gestört wurde die Scene im 4. Akt zwischen König und Königin dadurch, daß man die kleine Infantin in ein langes Schleppkleid gesteckt hatte. Die Bemühungen des Kindes, sich die Füße frei zu halten, erregten unwillkürlich eine Heiterkeit, die zu dem ersten Vorgang in der Scene schlechthin passte. Also löste man künftig die Infantin in Kindeskleider erscheinen; wenn das auch weniger stilvoll, so ist es doch mehr im Interesse der Wirkung des gesamten Dramas.

Der günstige Verlauf des Galopps hat die Direction veranlaßt, Herrn Matkowsky, der heute als Ferdinand in „Rabale und Liebe“ schließen wollte, zu einer Verlängerung seines heisigen Aufenthalts zu vermögen. Hr. Matkowsky wird nun in schneller Aufeinanderfolge noch einige seiner interessantesten Rollen spielen, nämlich am Donnerstag den „Egmont“, am Freitag den Schiller in Laubes „Aarlaschüler“, am Sonnabend den „Hamlet“ und endlich am Montag in der Vorstellung zu Kaisers Geburtstag in Wildenbruchs „Dulzowos“ die Partie des jüngeren Dulzows.

Dermische Nachrichten.

* [Ein Goethe-Denkmal] beabsichtigen die Deutschen in New York zu errichten. Die Kosten, welche auf 140 000 Mk. veranschlagt werden, sind zum größeren Theile gesammelt; die Enthüllungsfeier soll im August d. J. am Geburtstage Goethes stattfinden. Das Monument wird, wie man uns schreibt, 24 Fuß hoch sein; der Sockel, auf welchem sich die Bronzestatue des Dichters erhebt, trägt Gruppen symbolischer und allegorischer Figuren, welche Episoden aus den Goetheschen Werken darstellen.

München, 20. Januar. Der Componist und pensionirte General-Musikdirektor Franz Lachner ist heute Nachmittag hier gestorben.

Franz Lachner war am 2. April 1803 zu Rain in Oberbayern geboren, lebte von 1822—1834 unglücklich befreundet mit Schubert und anerkannt von Beethoven, seit 1836 Höchstmeister in München, seit 1852 mit dem Titel Generalmusikdirektor, zog er sich 1865 als Vertreter des Klassizismus von seiner öffentlichen Thätigkeit zurück, als damals in München unter der Protection König Ludwigs II. der Wagner-Cultus erblich wurde. Ca. 190 Compositionen hat Lachner veröffentlicht, darunter 8 Sinfonien, 8 Guiten-Sonaten, 7 Klavierstücke, 31.80, 31.81, 31.82, 31.83, 31.84, 31.85, 31.86, 31.87, 31.88, 31.89, 31.90, 31.91, 31.92, 31.93, 31.94, 31.95, 31.96, 31.97, 31.98, 31.99, 31.100, 31.101, 31.102, 31.103, 31.104, 31.105, 31.106, 31.107, 31.108, 31.109, 31.110, 31.111, 31.112, 31.113, 31.114, 31.115, 31.116, 31.117, 31.118, 31.119, 31.120, 31.121, 31.122, 31.123, 31.124, 31.125, 31.126, 31.127, 31.128, 31.129, 31.130, 31.131, 31.132, 31.133, 31.134, 31.135, 31.136, 31.137, 31.138, 31.139, 31.140, 31.141, 31.142, 31.143, 31.144, 31.145, 31.146, 31.147, 31.148, 31.149, 31.150, 31.151, 31.152, 31.153, 31.154, 31.155, 31.156, 31.157, 31.158, 31.159, 31.160, 31.161, 31.162, 31.163, 31.164, 31.165, 31.166, 31.167, 31.168, 31.169, 31.170, 31.171, 31.172, 31.173, 31.174, 31.175, 31.176, 31.177, 31.178, 31.179, 31.180, 31.181, 31.182, 31.183, 31.184, 31.185, 31.186, 31.187, 31.188, 31.189, 31.190, 31.191, 31.192, 31.193, 31.194, 31.195, 31.196, 31.197, 31.198, 31.199, 31.200, 31.201, 31.202, 31.203, 31.204, 31.205, 31.206, 31.207, 31.208, 31.209, 31.210, 31.211, 31.212, 31.213, 31.214, 31.215, 31.216, 31.217, 31.218, 31.219, 31.220, 31.221, 31.222, 31.223, 31.224, 31.225, 31.226, 31.227, 31.228, 31.229, 31.230, 31.231, 31.232, 31.233, 31.234, 31.235, 31.236, 31.237, 31.238, 31.239, 31.240, 31.241, 31.242, 31.243, 31.244, 31.245, 31.246, 31.247, 31.248, 31.249, 31.250, 31.251, 31.252, 31.253, 31.254, 31.255, 31.256, 31.257, 31.258, 31.259, 31.260, 31.261, 31.26

Gestatt beiderer Meldung.
Heute Nachmittag 5½ Uhr
starb mein lieber Mann,
unter guter Brüder, Brüder,
Schwager und Onkel, der
Kaufmann

Albert Richard Eshert
nach vollendtem 47. Lebens-
jahr, welches mit Freunden
und Bekannten hierfür
anzeigte. (6763)

Gertert Eshert,
geb. Kiesner nebst Kindern,
Danzig, 20. Januar 1890.

Hiermit erfülle ich die
für mich so traurige
Pflicht, meinen geehrten
Geschäftsfreunden das
gestern Abend 5½ Uhr
erfolgte Ableben meines
geliebten Onkels und
treuen Mitarbeiters des
Kaufmanns Herrn

Albert Eshert
anzuzeigen. (6795)

Danzig, 21. Januar 1890.

P. J. Eisenhardt Uhl.,
Th. Holtz.

Gestern Mittag 1½ Uhr
entstieß ganz unter ge-
liebte Mutter, Schwieger-
Groß- und Urgroßmutter,
Schwester und Schwägerin,
die Frau

Auguste Peters,
geb. Aspin, in
ihrem fast vollendetem
78. Lebensjahr. Dieses
seien statt jeder besondern
Meldung an. (6771)

Danzig, 21. Januar 1890.
Die trauernden Hinter-
bliebenen.

Bekanntmachung.

In unser Register zur Eintra-
gung der Auszeichnung der ehe-
lichen Gütergemeinschaft unter
Haustüren ist heute unter Nr. 492
eingetragen:

Der Kaufmann Johannes Stahl
in Danzig hat für seine Ehe mit
Anna geb. Seuer durch Ver-
trag d. d. Thor, den 28. Ok-
tober 1889, die Gemeinschaft
der Güter und des Erwerbes
mit der Bestimmung ausge-
schlossen, daß das gewöhnliche
und zukünftige Vermögen der
Braut die Eigenschaft des per-
manenten vorbehaltenden Ver-
mögens haben soll. (6743)

Danzig, den 4. Januar 1890.

Königliches Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

In unser Gesellschaftsregister ist
heute infolge Verfügung vom
14. Januar er. unter Nr. 540 die
offene Handelsgesellschaft „Dan-
ziger Chocoladen-, Marzipan-
und Butterwaren Fabrik J. Loeffen-
stein u. Co.“ in Danzig
und als Gesellschafter

1. der Kaufmann Jacob Loeffen-
stein. (6744)

2. der Kaufmann Moritz Gobin,
beide in Danzig, eingetragen wor-
den. Die Gesellschaft hat am

1. Januar 1890 begonnen.

Danzig, den 15. Januar 1890.

Königliches Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

In unser Procureregister ist
heute unter Nr. 799 der Kauf-
mann Isidor Ettlinger in Danzig
als Procurist der unter Nr. 539
unteres Gesellschaftsregister ein-
getragenen offenen Handelsge-
sellschaft Ettlinger u. Ginsberg mit
dem Sitz in Königsberg und
einer Zweigstelle lassung in
Danzig für die Zwecküberlassung
eingetragen worden. (6742)

Danzig, den 17. Januar 1890.

Königliches Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

In unser Gesellschaftsregister ist
heute infolge Verfügung vom
11. Januar 1890 sub Nr. 539 eingetra-
gen die offene Handelsgesell-
schaft Ettlinger u. Ginsberg mit
dem Sitz in Königsberg und
einer Zweigstelle lassung in
Danzig und als Gesellschafter:

1. Kaufmann Siegmund
Ettlinger, (6743)

2. Kaufmann Moritz Louis
Ginsberg

beide in Königsberg.

Die Gesellschaft hat am 1. Ja-
nuar 1890 begonnen. (6741)

Danzig, den 11. Januar 1890.

Königliches Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

Die Rektorstelle an der bisligen
Mädchenschule ist vacant.

Mit derselben ist neben freier
Wohnung und freiem Brenn-
material ein Gehalt von 2100 M.
pro Jahr verbunden.

Beim eventuellen Wegfall der
Naturallehrzei wird für diebeten
eine jährliche Entschädigung von
800 M. gewährt.

Geignete Bewerber, welche die
Prüfung pro rectoratu abgelegt
haben, wollen sich unter Be-
leidung ihrer Jeunesse und ihres
Lebenslaufs bis zum 6. Februar
1890 bei uns melden.

Personliche Vorstellung ist er-
wünscht; es werden jedoch hierbei
Reisekosten nicht vergütet. (6680)

Tilsit, den 16. Januar 1890.

Der Magistrat.

An Order

find in Neubrüssel per Dampfer

Silvo.

Cart. Ranner von Hull diverse
Güter eingetroffen, sowie folgende
Kaufleute:

ex Beddo SS von Messina, Cata-
nia, Palermo.

ex Hindo SS von New-York.

ex Gallo SS von Liverpool.

Die Inhaber günstiger Ortslin-

Commoden belieben sich schen-
ken zu melden bei (6786)

F. G. Reinhold.

Bekanntmachung.

Dieziehung der Meher Dombau-Geld-Lotterie
mit 6261 Geldgewinnen, darunter Hauptgewinne von
10 000 M., 20 000 M., 10 000 M. u. s. w., findet am 12.,
13. und 14. Februar d. J. öffentlich vor Notar und
Zeugen im Rathause zu Danzig statt. (6700)

Die Verwaltung der Meher Dombau-Geldlotterie.

Loose a 3 Mark 15 Pf.
10 Loose für 3 Mark 15 Pf. extra.
30 M.

DOMBAU 6261 Geldgewinne.
Hauptgewinn 50 000 Mark,
versendet, so lange der Vorraum reicht,
F. A. Schrader, Hannover, Gr. Packhofstr. 29.

A. Herrmann,

Mathauschegasse 2,

empfiehlt in reichhaltiger Auswahl

Glacé- und Wildlederhandschuhe jeder Art,

Specialität: Ziegenleder-Handschuhe

von vorzüglichster haltbarkeit.

Cravates in sehr schönen neuen Mustern,

Tenkerle und Schwämme.

Vorläufige Handschuhmärsche und Färberrei.

Robert Krüger, Hundegasse 34.

Bekanntmachung.

Da die Heizer und
Trimmer der Ham-
burger Seedampfschiffe
augenblicklich wegen
Lohndifferenzen stricken
so ersuchen wir alle
Collegen den Zugang nach
Hamburg fern zu halten.

J. A.

**Die Heizer und
Trimmer der Ham-
burger Seedampf-
schiffe.** (6689)

Echte Danziger Dombau-Lotterie,
Hauptgewinn M. 50 000, Lotte
a M. 3, 15.

Coop. der Deutschen Arbeiter-
Waisenhaus-Lotterie à M. 1.

Hartelburger Seid-Lotterie,
Hauptgewinn M. 20 000, Lotte
a M. 3, 15. (6754)

Ex. Berling, Gerbergasse 2.

Schön- & Schnellschrift-

Österreichische Herren u. Damen
Gesellschaft der Erfolges

C. Staecke,

Zausch 2, II. Etage.

Noch einige

Sprach- und Musikstunden

wünscht zu erhalten

(5569)

Marie Ames, genr. Lehrerin,

Seit. Seifigasse 20, II.

Sprechstunden von 12—1 Uhr.

Anlage u. Speculations-

Kauf in vortheil. Combinations an all.
Gärtörb. vollführt auswartig real in exact.

Kaufhaus Schallmeyer & Co., Frankfurt a. M.,

Altbayerische Informationen, Industriebl.

Brodsche (43. Aufl. 100 S.) u. georg. Euro.

Coursericht. Prospekte u. c. fr. u. gratis.

J. A.

Maltes-Heringe,

Delicateh-Ostsee-

Heringe,

f. Brat-Heringe,

Ia Elb-Caviar,

Appetit - Sild,

Gothaer Cervelatwurst,

in ganz vorzüglicher Qualität,

delicate pommerische

Gänsebrüste,

mit und ohne Knödeln,

Quoglio Bouillonkapseln

a Stück 10 S., empfiehlt

Max Lindenblatt,

heute Seifigasse 131.

Feinen

Leckhoniq,

Prämiert,

in 5 und 2½ Silo Blechdosen pro

All. 1,40 M. ab hier empfiehlt

Joh. Harder,

Comtoir bei Danzig.

Frische

Kieler Sprotten

empfiehlt heute und empfiehlt

J. E. Gossing,

Jopen- und Vortreihengassen-

Gasse 14.

Heute sieht es wieder Karpen

und Bressen, nur das aller-

teile, ganz große Karpen 40 S.

kleine 45 S. große Bressen 40.

kleine 45 S. Lachmann, Tobias-

Gasse 25.

Die Grundstücke

gr. Wollwebergasse 8

und kleine Wollweber-

gasse 5 und 19 stehen

zum Verkauf. Reflectan-

ten belieben sich zu

melden im Comtoir Breit-

gasse 96 von 11—1 Uhr,

wo auch die Zeit der

Besichtigung zu erfahren.

Einer tüchtigen

Puhrarbeiterin

w. Gelegenheit geboten m.

geringen Mitteln sich an.

1. Apr. auf v. a. 1. Brodt. zu

etabli. Off. u. Nr. 6733 in

d. Exped. d. Jig. erbieten.

Ein Pianino

ist für 200 Mk. zu verkaufen

Brodbänkengasse 46, 3 Tr.

Bazar zum Besten des Reinicke-Stifts

im Concertsaal des Franziskanerklosters

am 2. und 3. Februar d. Jahres.

Indem wir uns aufs neue an den Wohlthätigkeitssinn unserer Mitbürger wenden, möchten